

ENTWURF

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Erschütterungen durch Bahnverkehr bei Neubauten berücksichtigen – Lärmmessstelle einrichten

Bahnlärm beeinträchtigt die Gesundheit von Menschen erheblich. Lärmbelästigung kann zu Schlafstörungen führen und erhöht das Risiko für Herzinfarkte, Lernstörungen, Tinnitus und Depressionen. Aufgrund der innerstädtischen Führung der Hauptstrecke sind besonders viele Menschen in Bremen und Bremerhaven von Bahnlärm betroffen. Bremen hat bereits viel in den Lärmschutz investiert, obwohl es formal keine Verantwortung für den von Bundes-schienenwegen ausgehenden Lärm hat. Die Verantwortung für die Umsetzung von umfas-senden Lärmschutzmaßnahmen liegt beim Bund. Die Deutsche Bahn hat als Staatsunter-nehmen bereits aktive und passive Lärmsanierungsmaßnahmen durchgeführt, allerdings läuft die Verbesserung des Schallschutzes an der Quelle nur schleppend. Vor allem Güter-wagen verursachen Erschütterungen, die in den betroffenen Wohnungen und Häusern ent-lang der Schienenwege wahrgenommen werden.

Die Gesundheitsministerkonferenz hat auf ihrer Sitzung am 29. und 30. Juni 2016 noch ein-mal betont, dass der Lärmschutz an Schienenstrecken deutlich zu verbessern ist. Laut Koali-tionsvertrag will die Bundesregierung den Schienenlärm bis 2020 halbieren. Derzeit plant das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ein bundesweites Lärm-Monitoringsystem, das die Umrüstung von Güterwagen auf sogenannte LL-Sohlen und den vermehrten Einsatz von leisen Güterwagen transparent und für die Öffentlichkeit nachvoll-ziehbar erfassen und darstellen soll. Im Rahmen des Lärm-Monitoringsystems sollen bun-desweit Lärm-Messstellen an Hauptstrecken errichtet werden.

Wir bitten den Senat:

1. Erschütterungsmessungen an der innerstädtischen Hauptstrecke zwischen dem Hauptbahnhof Bremen und der Landesgrenze in Hemelingen vorzunehmen.
2. Zu prüfen, wie die verbindliche Erstellung eines Schall- und Erschütterungsgutach-tens für Neubauten an innerstädtischen Schienentrassen in die baurechtlichen Vo-raussetzungen aufgenommen werden kann.
3. Zu überprüfen, ob bei Neubauprojekten in der Nähe von Bahnlinien ein obligatori-scher Mindestabstand zu Gleisanlagen festgelegt werden kann.
4. Sich bei der Bundesregierung für die Schaffung eines Regelwerkes zur Messung von Erschütterungen mit Grenzwerten einsetzen.
5. Sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass besohlte Schwellen standard-mäßig in Wohngebieten eingebaut werden, um Erschütterungen zu dämpfen.
6. Sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Bremen als Lärm-Messstelle in das geplante Monitoringsystem aufgenommen wird.

Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN